



# LISCHKAS BERLINER DEPESCHE

SPD

[www.burkhard-lischka.de](http://www.burkhard-lischka.de)

31. Mai 2019, V/2019

*Liebe Leserin,  
lieber Leser,*

bei den hinter uns liegenden Abstimmungen für das Europaparlament und den kommunalen Vertretungen brach das Ergebnis für die SPD bundesweit am meisten ein. Viele unserer kommunalen Vertretungen sind nun mit weniger SPD Vertretern besetzt. Aus Sachsen-Anhalt ist Arne Lietz nicht wieder gewählt worden, sodass wir keinen Sozialdemokraten als EU-Parlamentarier aus Sachsen-Anhalt in Brüssel haben. Wir haben es nicht geschafft, die Wähler\*innen mit unseren Themen für Europa und den Kommunen zu erreichen. Daran ist nichts schönzureden. Die alte Tante SPD näher an den Mann und an die Frau zu bringen, wird unsere Aufgabe für die Zukunft sein. Wir müssen inhaltlich und verbal die dicken Bretter bohren, ohne dabei Angst zu haben oder unsachlich zu werden. Ich bin überzeugt, dass uns das gelingen wird. Zum Abschluss möchte ich mich bei allen Wähler\*innen bedanken, die uns ihr Vertrauen ausgesprochen haben und den Wahlhelfer\*innen, die in mühevoller Arbeit im Ehrenamt die Auszählungen durchgeführt haben.

*Jhr  
Burkhard Lischka*

#### Berlin

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Telefon: 030 227 – 71 909 / 71 908  
Fax: 030 227 – 76 908  
[burkhard.lischka@bundestag.de](mailto:burkhard.lischka@bundestag.de)  
Mitarbeiter/in: Ines Jurat, Stephanie Preuß

#### Wahlkreisbüro Magdeburg

Bürgerstraße 1  
39104 Magdeburg  
Telefon: 0391 - 50 96 54 75  
Fax: 0391 - 50 96 54 76  
[burkhard.lischka.wk@bundestag.de](mailto:burkhard.lischka.wk@bundestag.de)  
Mitarbeiter: Seluan Al-Chakmakchi,  
Tino Gaßler, Florian Uschner, Sindy Tóth

V.i.S.d.P. Burkhard Lischka

SPD-Fraktion Sachsen-Anhalt wertet Landtagssitzung aus:

## So etwas wie der Freitag darf sich nicht wiederholen

Die SPD-Landtagsfraktion Sachsen-Anhalt hat sich in ihrer Sitzung am 28.05.2019 mit dem Verlauf der Landtagssitzung am vergangenen Freitag beschäftigt. „Wir haben sehr ernsthaft über die Lage der Koalition diskutiert. Die Stimmung in unserer Fraktion ist angespannt. Wenn die Arbeit der Koalition fortgeführt und zum Erfolg geführt werden soll, müssen die Koalitionspartner jetzt die anstehenden politischen Probleme lösen“, so die Fraktionsvorsitzende Katja Pähle. „So etwas wie der Freitag darf sich nicht wiederholen.“

Eckpunkte des SPD Beschlusses für die Koalitionsarbeit in Sachsen-Anhalt:

Die SPD hat sich 2016 für die Bildung einer Koalitionsregierung mit CDU und Grünen entschieden, um eine stabile demokratische Mehrheitsbildung im Landtag zu ermöglichen. Grundlage dafür waren die auf dem Landesparteitag in Halle am 02.04.2016 vorgestellten inhaltlichen Mindestanforderungen. Diese Zielstellungen haben wir im Koalitionsvertrag verankert und zum allergrößten Teil umgesetzt.

Wir stellen fest, dass die weitere Umsetzung des Koalitionsvertrages ins Stocken gerät. Die letzte Landtagssitzung stellte einen Tiefpunkt der Zusammenarbeit dar und darf sich so nicht wiederholen. Das Ergebnis der Europa- und Kommunalwahlen zeigt, dass die Koalition dringend ihre Handlungsfähigkeit unter Beweis stellen muss. Für ein bloßes Durchwursteln haben wir kein Mandat.

Die SPD-Landtagsfraktion hält kurzfristig die Umsetzung folgender

Eckpunkte bis zur Sommerpause für erforderlich:

### 1. Vergabegesetz novellieren

Die Weiterentwicklung des Vergabegesetzes ist ein gemeinsames Vorhaben des Koalitionsvertrags. Das Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung hat dafür Eckpunkte vorgelegt, die eine verstärkte Tariffreuregelung, einen ergänzenden vergabespezifischen Landesmindestlohn und einen deutlichen Bürokratieabbau vorsehen.

Wir brauchen jetzt kurzfristig eine politische Verständigung in der Koalition auf den entsprechenden Gesetzentwurf.

### 2. Gestaltungshaushalt für 2020/21 ermöglichen

Die Landesregierung hat mit der Aufstellung des Entwurfs für den Doppelhaushalt begonnen. Die weiterhin - wenn auch langsamer - wachsenden Einnahmen des Landes ermöglichen es, auch den Haushalt 2020/21 als Gestaltungshaushalt zu konzipieren, der den Bürgerinnen und Bürgern weitere Verbesserungen bringt.

- Absicherung der begonnenen und der im Koalitionsvertrag vereinbarten Vorhaben, einschließlich der Einführung des vom Landtag, von der Wirtschaft und den Gewerkschaften dringend geforderten Azubitickets bis zum Ende der Wahlperiode

- Entlastung der Bürgerinnen und Bürger durch vollständige Abschaffung der Straßenausbaubeiträge bei finanziellem Ausgleich für die

Kommunen durch das Land mit Wirkung zum Haushaltsjahr 2020

- Umsetzung des Gute-Kita-Gesetzes mit weiterer Beitragsentlastung für die Eltern, Verbesserungen bei Betreuungsqualität und Fachkräftegewinnung; Einsatz der Bundesmittel zusätzlich zu den KIFÖG-Mitteln im Landeshaushalt

- Verstärkung der Investitionstätigkeit an den Uniklinika und den Krankenhäusern in Sachsen-Anhalt zur Sicherung der Qualität von medizinischer Versorgung, Lehre und Forschung. Dafür brauchen wir eine Deckung aus dem Gesamthaushalt und die Ermächtigung der Uniklinika zur Kreditaufnahme.

- Kein Sparen für die NordLB! Die geplante Kapitalzuführung an die NordLB darf keine Vorhaben im Interesse der Bürgerinnen und Bürger gefährden und deshalb nicht aus dem laufenden Haushalt oder aus den Rücklagen finanziert werden.

### 3. Grünes Band termingerecht verwirklichen

Sachsen-Anhalt darf mit seinem Beitrag zur Erinnerung an die friedliche Revolution von 1989 und an die Überwindung der deutschen Teilung gegenüber den anderen Ländern nicht zurückstehen. Der gemeinsame Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen muss daher in die Junisitzung des Landtages eingebracht werden.

Die ausführliche Entwicklung und Berichterstattung ist unter folgenden Links zu verfolgen:

<https://www.spd-sachsen-anhalt.de/>  
<http://www.vornewech.de/>

# Das Einwanderungsgesetz kommt!

Was lange währt, wird endlich gut. Wir haben uns durchgesetzt und die Bundesrepublik bekommt nun ein modernes Einwanderungsgesetz. Hauptziel des Gesetzes ist: Die Einreise für Fachkräfte aus nicht EU Staaten zu erleichtern. Somit kann unsere ansässige Wirtschaft die erforderlichen Arbeitskräfte zur Existenzsicherung einstellen.

Wir haben erstmals in Deutschland ein Fachkräfteeinwanderungsgesetz mit klaren Regeln für eine gesteuerte Einwanderung in den Arbeitsmarkt. Wir öffnen unseren Arbeitsmarkt erstmals nicht nur für hochqualifizierte, sondern auch für berufliche Qualifikationen, die unser Arbeitsmarkt dringend braucht. Wir bauen Hürden ab und geben bessere Perspektiven, damit sich Fachkräfte aus Drittstaaten in Deutschland ein Leben aufbauen können. Wir vereinfachen Verfahren und eröffnen Wege zur Einreise zur

Arbeitsplatzsuche. Wir verbessern die Perspektiven für gut integrierte Flüchtlinge.

## Der Rahmen des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes

In vielen Branchen und Regionen erleben wir Vollbeschäftigung und schon jetzt haben wir 1,2 Mio. offene Stellen – Tendenz steigend. Deutschlands künftiger wirtschaftlicher Erfolg und unsere soziale Sicherheit hängen wesentlich davon ab, dass wir genug Fachkräfte haben. Um das zu erreichen, richten wir unsere Bemühungen mit der **Fachkräftestrategie der Bundesregierung** auf drei wesentliche Felder:

**An erster Stelle** steht für uns die gute Aus- und Weiterbildung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in Deutschland. Deswegen haben wir das Qualifizierungs-



chancengesetz auf den Weg gebracht, mit dem wir Weiterbildung für Arbeitnehmer\*innen im Strukturwandel fördern. Es geht auch um die richtigen Rahmenbedingungen, zum Beispiel die Vereinbarkeit von Beruf und Familie oder neue Chancen für Menschen, die schon lange ohne Job sind. Deshalb haben wir Regelungen zur Brückenteilzeit und zum

sozialen Arbeitsmarkt geschaffen. Angesichts des demographischen Wandels wissen wir, dass das nicht reicht, um dem Fachkräftemangel zu begegnen. Deshalb liegt die Freizügigkeit innerhalb der EU wesentlich in unserem Interesse. Wir werden aber darüber hinaus auch die Einwanderung von Fachkräften aus Drittstaaten brauchen.

## Alles Gute zum 70. Geburtstag



Foto: Tim Reckmann / pixelio.de

Am 23. Mai ist unser Grundgesetz 70 Jahre alt geworden und gehört damit noch lange nicht zum alten Eisen. Als es 1949 in Kraft trat, war sein Ende eigentlich vorbestimmt. An dem Tage, an dem zusammen wächst, was zusammen gehört. Doch nach der Wiedervereinigung blieb uns das Grundgesetz erhalten. Es hatte sich bewährt. Es hatte aus den Fehlern der Weimarer Reichsverfassung gelernt und konnte sich so gegen zu starke Eingriffe aus der Politik wehren. Bis heute gilt es als Erfolgsmodell und diente vielen anderen Verfassungen als Vorbild auf der ganzen Welt. So wurde Artikel 1 unseres Grundgesetzes wortwörtlich in die europäische **Grundrechte Charta** übernommen. Der erste Satz des Grundgesetzes ist wohl der bekannteste: **Die Würde des Menschen ist unantastbar.**

Damit wurde zum ersten Mal der Selbstwert des Menschen als etwas Unberührbares in die bindende Kraft einer Verfassung gegossen. Der besondere Wert, den die Menschenwürde in unserem Grundgesetz darstellt, wird aber erst durch den zweiten Satz deutlich: **Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.** Der Staat erkennt hiermit die Menschenwürde als höchstes Gut an und wird zu ihrem ersten Verteidiger. Diese Erkenntnis dem Grundgesetz voran zu stellen, nur wenige Jahre nach den Gräueltaten der Nazis, liefert bereits die Antwort auf die Verbrechen der NS-Zeit, nämlich dass Auschwitz nie wieder sei. Dafür liebes Grundgesetz: **Vielen Dank und alles Gute zum Geburtstag.**

## Letzte „Lischka trifft...“ als Bundestagsabgeordneter



### Carsten Schneider: „Ungerechtigkeit macht mich wütend“

Der Saal im Familienhaus Magdeburg war am 28. Mai gut gefüllt. Die letzte Veranstaltung meiner Reihe „Lischka trifft...“ mit dem Ersten Parlamentarischen Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion als Gast hat viele Menschen interessiert. „Fette Erbschaftssteuer einführen!“ lautete seine Bot-

schaft des Abends, denn die Erben mussten nie etwas für das Vermögen tun. Er selbst plädiert für eine leistungsorientierte Gesellschaft, bei der die Chancengleichheit tatsächlich gewährt wird. Das Kanzleramt schlägt er jedoch aus und würde eher als Finanzminister zur Verfügung stehen.